

Im Kampf gegen Menschenhandel: Kanton setzt Strategie um

Ein Verein soll gegen den Menschenhandel im Wallis vorgehen.

Raniero Clausen

Der Kanton hat am Dienstag seine Strategie zur Bekämpfung von Menschenhandel im Wallis vorgestellt. Dafür soll der seit 2015 bestehende Unterstützungsmechanismus erweitert werden. Ab 2024 soll zusätzlich ein Verein speziell gegen den Menschenhandel im Wallis vorgehen.

Die Idee des Vereins sei die Sensibilisierung zur Thematik Menschenhandel, sagte der Vorsteher des Departementes für Gesundheit, Soziales und Kultur, Mathias Reynard. Weiter sehe die Strategie eine Koordination der Massnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels und eine Betreuung der Opfer vor.

Unter Menschenhandel werden Aktivitäten verstanden, die auf die Ausbeutung der Betroffenen abzielen, und zwar durch il-

legale Mittel wie Drohungen, Gewaltanwendung, Täuschung und Betrug. Auch sexuelle Ausbeutung sowie Zwangsarbeit oder verschiedene Formen der Sklaverei gelten als Menschenhandel. Die Definitionen stützen sich auf das Palermo-Protokoll, in welchem das Verbot von Menschenhandel definiert ist und das von der Schweiz 2012 ratifiziert wurde.

Das Problem des Menschenhandels bestehe schweizweit, nicht nur im Kanton Wallis, sagte Reynard. Ähnliche Strategien wie nun jene im Kanton Wallis würden bereits in anderen Kantonen bestehen. Aus diesem Grund setzt der Kanton Wallis in der Anfangsphase der Strategie auf die Unterstützung des Vereins «Astrée» aus Lausanne. Dieser unterstützt seit zehn Jahren Op-



Staatsrat Mathias Reynard holte alt Nationalrätin Gabrielle Nanchen ins Boot.

Bild: pomona.media

fer von Menschenhandel und Ausbeutung im Kanton Waadt.

Eine vom Kanton in Auftrag gegebene Studie hat gezeigt, dass, wenn solche Ausbeutungssituationen nicht aufgedeckt werden, sich die Opfer

nicht an die für ihren Schutz zuständigen Behörden wenden. Daher sei es notwendig, dass in der breiten Öffentlichkeit und vor allem bei den Fachleuten vor Ort wie Polizei, Staatsanwaltschaft, kantonale Arbeits-

inspektion, OHG-Beratungsstelle, Amt für Asylwesen, Spitäler eine Sensibilisierung stattfindet, damit mögliche Opfer früh identifiziert und betreut werden können, sagte Reynard.

Seit 2015 gibt es dafür einen eingerichteten Unterstützungsmechanismus. Staatsrat Reynard sagte, dass auch diese Massnahme gestärkt werden müsse, um die Koordination und Abstimmung der Akteurinnen und Akteure in diesem Bereich zu verbessern. Denn: Es sei von entscheidender Bedeutung, dass die identifizierten Opfer während des gesamten Verfahrens angemessen begleitet und geschützt werden können.

Die Pilotphase des Projekts startet im Januar 2024. Im ersten Quartal 2025 wird über das Fortbestehen des Vereins an-

hand eines Evaluationsberichts entschieden. Für die Projektphase genehmigte der Staatsrat ein Budget von 257'000 Franken, finanziert durch die Dienststelle für Sozialwesen (DSW).

Um die Aufgaben des Vereins auf Walliser Ebene zu erfüllen, wird der Verein von Gabrielle Nanchen präsiert werden. Nanchen war eine der ersten gewählten weiblichen Nationalrätinnen. Neun Jahre sass sie für die Sozialdemokraten in der grossen Kammer. Sie habe sich in ihrer politischen Karriere besonders für Frauen- und Menschenrechte eingesetzt. Aus diesem Grund sei Nanchen die richtige Besetzung, sagte Reynard. Für den Vorstand des Vereins werden noch Mitglieder, insbesondere aus dem Oberwallis, gesucht.